

An das  
Parlament  
Finanzausschuss  
Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

elektronisch an: [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

Wien, am 25. Juni 2018

Betrifft: **Stellungnahme zum Antrag 302/A**  
**GZ. 13160.0060/1-L1.3/2018**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Industriellenvereinigung (IV) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs zum Antrag 302/A und erlaubt sich wie folgt Stellung zu nehmen:

### **Allgemeine Anmerkungen**

Die IV begrüßt den vorliegenden Gesetzesvorschlag. Dieser Antrag ist nötig um eine transparente und in der Praxis leicht umzusetzende Rechtsgrundlage für Rücktritte zu schaffen. Die gegenwärtigen Regelungen sind in dieser Hinsicht nicht akzeptabel.

Des Weiteren ermöglicht der Antrag Rechtsicherheit für bestehende Verträge zu schaffen. Mehreren Gerichtsentscheidungen, die das Rücktrittsrecht bei Lebensversicherungen zum Gegenstand hatten, brachten viele unterschiedliche Ergebnisse, wodurch Unsicherheit bei der Rechtsauslegung entstand und auch viele Rechtsfragen offen blieben. Grundsätzlich geht es nicht um evident falsche oder nicht erteilte Rücktrittsbelehrungen, sondern um rein formale Aspekte.

### **Rechtsicherheit für alle Versicherungsnehmer**

Bei mangelhafter oder fehlender Belehrung hinsichtlich der Rücktrittsthematik sieht der Gesetzesvorschlag keine zeitliche Beschränkung des Rücktrittsrechts vor. Dies entspricht auch der Rechtsprechung des EuGH. Es liegt jedoch an den Mitgliedstaaten, klare Regelungen zu finden, wenn nicht ausreichend über das Rücktrittsrecht informiert wurde.

Entgegen öffentlicher Behauptungen wird der Konsument durch diesen Gesetzesentwurf in seinen Rechten nicht eingeengt. Der Versicherungsnehmer kann nämlich bei einem Rücktritt immer nur den Rückkaufswert erhalten. Es ist jedoch unklar, ob das Rücktrittsrecht verjähren

würde und was für einen Betrag der Konsument bei einem späteren Rücktritt nach Vertragsabschluss und Vertragsende bekäme. Die Meinungen zu dieser Thematik sind gespalten, aber Fakt ist, dass die Rechtsunsicherheit letztlich zu Lasten der Versicherungsnehmer bestehen könnte. Durch den neuen Gesetzesvorschlag wurde eine faire Lösung für alle Beteiligten kreiert.

### **Ausreichende Übergangsfrist**

Die Übergangsfrist von einem halben Jahr ist als äußerst konsumentenfreundlich zu bewerten, nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass das Thema seit mehr als einem Jahr sowohl in der Lehre als auch medial intensiv diskutiert wurde. Noch längere Übergangsfristen würden nur den Prozessfinanzierern in die Hände spielen, die aus der unklaren Rechtslage ein Geschäftsmodell konstruiert haben. Nicht vergessen werden darf dabei auch, dass überzogenen Ansprüche den bestehenden Versicherungsnehmern schaden.

### **Höhere Leistungen**

Ein weiterer Vorteil des Vorschlags ist, dass der Versicherungsnehmer künftig bei Beendigung der Lebensversicherung innerhalb des ersten Jahres höhere Rückkaufswerte bekommt, weil der Versicherer in diesem Fall keine Abschlusskosten verrechnen darf. Ebenso sind die Rückkaufswerte in den ersten fünf Jahren nach Vertragsabschluss deutlich höher als beispielsweise in Deutschland. Für jene Konsumenten, die sich in der Anfangsphase eines langfristigen Vertrages entscheiden, diesen doch nicht erfüllen zu wollen, ist diese Regelung als positiv anzusehen.

### **Vereinfachung der Rücktrittsrechte im Interesse der Versicherungsnehmer**

Zurzeit gibt es bis zu fünf verschiedene Rücktrittsrechte im Versicherungsvertrags- bzw. Konsumentenschutzgesetz. Aus Sicht der IV sind dies deutlich zu viele und es wird begrüßt, dass diese zu einem einzigen Rücktrittsrecht zusammengefasst werden. Die Rechte des Versicherungsnehmers werden dadurch nicht eingeschränkt. Grundsätzlich beträgt die Rücktrittsfrist 14 Tage, bei Lebensversicherungen 30 Tage.

### **Einheitlicher Belehrungstext schafft mehr Transparenz**

Die Hinweistexte zu den verschiedenen Rücktrittsrechten waren bisher sehr umfangreich und in der Praxis auch nicht rechtssicher zu formulieren. Wie in Deutschland sind künftig auch Versicherer in Österreich dazu verpflichtet, ihre Kunden mit einem durch das Gesetz vorgegebenen Text über das Rücktrittsrecht zu informieren. Aus der Sicht der IV ist dies eine wesentliche Verbesserung, weil dies zu mehr Rechtssicherheit und leichterem Verständlichkeit für beide Seiten führt.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen der Industrie und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen  
INDUSTRIELLENVEREINIGUNG



Mag. Alfred Heiter  
Bereichsleitung Finanzpolitik & Recht